

24. XII. 1917

„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren nicht durch das Volk (!) der Vereinigten Staaten verwaltet worden. . . . Das Volk stand draußen, blickte auf seine eigene Regierung, und das einzige, wobei es mitzubestimmen hatte, war die Frage, welcher Gruppe es dabei zusehen wollte; es konnte entscheiden, ob es zusehen wollte, wie diese kleine Gruppe oder wie jene kleine Gruppe es anstellte, um die Herrschaft über die öffentlichen Angelegenheiten in ihre Hände zu bringen. Wer hat je von irgendeiner Sitzung irgendeiner wichtigen Kongresskommission vernommen, bei der das amerikanische Volk als Ganzes vertreten war, und sei es auch nur durch Mitglieder des Kongresses? . . .

Es ist nicht mein Ziel, eine kleine Gruppe von Fachkundigen in Washington hinter verschlossenen Türen sitzen und für mich die Vorsehungsrollen zu spielen zu sehen. Es gibt eine Vorsehung, der ich mich bereitwilligst unterordne. Aber daß andere Männer sich zur Vorsehung über mich aufwerfen, erweckt ernstlichen Widerspruch. . . . Sieber würde ich den Vereinigten Staaten einen Kletterer ersuchen sehen, ehe ich mich dazu aufwerfe (und nun hat es Wilson zuwege gebracht, sich auf den Kletter der ganzen Welt aufzuspielen!), selbst einer zu sein. . . . Wir ist nie ein Mann begegnet, der es verstanden hätte, für mich zu sorgen, und auf diese Erfahrung gestützt, vermute ich auch, daß es keinen einzelnen Mann gibt, der für das ganze Volk der Vereinigten Staaten zu sorgen versteht (Herrn Wilson ausgenommen). . . . Wir können es uns nicht leisten, so regiert zu werden, wie wir in der letzten (?) Generation regiert wurden: durch Männer von einem einseitigen und damit vorurteilsvollen Gesichtspunkt.“

Wilson, der in seinem Lande keinerlei Vormundschaft dulden will —: „Solange ich es verhindern kann, will ich unter keiner Vormundschaft leben.“ „Ich für meine Person möchte keiner Nation angehören, die danach verlangt, durch Vormünder beschützt zu werden“ — hat die Kühnheit, sich die Vormundschaft des deutschen Volkes anzumessen.

Wie schön drückt er es einmal aus, daß kein Fremder sich in die Angelegenheiten eines Volkes und seiner Regierung hineinmischen habe: „Ich möchte Recht und Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Menschlichkeit sich in allen Gesetzen der Vereinigten Staaten entfalten sehen, und keine Macht soll zwischen das Volk und seine Regierung treten.“ Sobald jedoch Deutschland in Frage kommt, bekenn er sich nicht mehr zu dieser richtigen Maxime.

Mit Recht hat er es beklagt, daß dem amerikanischen Volke lange Zeit die Gelegenheiten fehlte, miteinander Rates zu pflegen, „daß es keine Stätte gab und keine Methode der Aussprache, keinen Austausch von Meinungen und keine Beratung. . . . Dem Geiste dieses Landes gemäß, der Toten verlangt und bei Worten ungeduldig wird (!), wurde ein Kongreß zu einer Institution, die ihre Arbeit in der Abgeschlossenheit der Kommissionszimmer statt im Sitzungsaal des Hauses erledigte. Der Kongreß ward zu einer Körperschaft, die Gesetze macht, zu einer gesetzmachenden Vereinigung nicht aber zu einer Versammlung, die debattiert und berät: nicht zu einem Parlament. . . . Ich halte es für eine der Notwendigkeiten des Tages, das Verfahren gemeinsamer Beratung wieder herzustellen und durch sie jenen Modus der heimlichen Verständigungen zu ersetzen, die gegenwärtig die Politik der Städte, Staaten und der Nation bestimmen. Wir freien Männer müssen es lernen, gleich unseren Vorvätern irgendwie und irgendwo zum Rate zusammenzutreten. Und es muß zur Diskussion und zur Debatte kommen, an denen alle teilnehmen. Es muß eine unbeschränkte Debatte sein und ihr ehrliches Ziel muß die Klärung von Fragen und die Ergründung der Wahrheit sein.“

Wie Wilson jedoch diese „Notwendigkeiten“ erfüllt hat, nachdem er das Heft in seine Hände genommen, das arbeitsam den deutlichsten aus der Politik der Union seit dem Ausbruch des Weltkrieges bis zu dem heutigen Tage.

Es ist für Wilson besonders bezeichnend, daß er seine wirklich richtigen Grundsätze immer verleugnet, wenn sie in dem Verhältnisse der Vereinigten Staaten zu den Zentralmächten zur Anwendung gelangen sollen. „Kein Staatsmann“, sagt er einmal, „versteht das ganze Land. Und er sollte es sich zur Aufgabe machen, herauszufinden, wo er die notwendigsten Aufschlüsse erlangt, um wenigstens einen Teil des Landes zu verstehen, wenn er komplizierte Geschäfte erledigen will.“

In seinem Auftreten gegen Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie hat Wilson in keiner Weise das Streben bekundet, die Zentralmächte zu „verstehen“, nein, seine Grundsätze verleugnend trat und tritt er mit dem Selbstbewußtsein des Besteingeweihten auf, der keiner weiteren Belehrung zu seinen Entschickungen bedarf, wenn es sich um die Beurteilung der Forderungen oder Handlungen der Zentralmächte handelt. Einst wird wohl der Tag kommen, an dem Wilson reumütig seinen schweren Fehler bekennen wird, wie er bezüglich der amerikanischen Verhältnisse sein Sündenbekenntnis abgelegt hat: „Es gab eine Zeit, in der ich ein recht engherziger Provinziale war (wie er heute ein sehr engherziger Angelsachse ist), aber glücklicherweise fügten es die Umstände meines Lebens, daß ich nach einem sehr entfernten Teil des Landes übersiedeln mußte; so wurde ich früh gewahr, wie beschränkt meine Kenntnis der Vereinigten Staaten war. (Zu welchem Bekenntnis würde er gelangen, wenn ihn die Umstände für eine Zeit nach Deutschland und in unsere Monarchie führten?) Und ich entdeckte, daß der einzige Weg, auf dem ich Gefühl und Verständnis für die Angelegenheiten der Vereinigten Staaten

erbringen konnte, nur der sein durfte, der mich so viel Teile der Vereinigten Staaten als möglich kennen lernen ließ.“

Kann es eine schärfere Beurteilung von Wilsons Außenpolitik geben als das angeführte Selbstbekenntnis? Herr Wilson würde dann wahrscheinlich auch im Sinne der von ihm so genau definierten Demokratie die Union beherrschen, und nicht, wie er es jetzt tut, die Demokratie bloß als Aushängeschild benutzen. „Die Sorge“, so äußerte er sich einmal, „die auf dem Herzen jedes gewissenhaften Politikers oder Beamten lastet, ist der Gedanke, daß er vielleicht die Wünsche und Notwendigkeiten des nationalen Lebens nicht tief genug erfaßt hat. Denn es ist eine Tatsache, daß kein einzelner Mensch sie in ihrer Gesamtheit begreift. Der ganze Zweck der Demokratie ist, daß wir miteinander beraten, daß wir nicht von dem Verständnis eines einzelnen Mannes abhängen, sondern vom Rat aller. Dann nur, wenn viele Menschen gehört werden (Herr Wilson hat, diesem Grundsatz getreu, zuerst Deutschland und sodann uns den Krieg erklärt!) und ihre Bedürfnisse und Interessen darlegen dürfen, nur dann können die vielfältigen Interessen eines großen Volkes zu einer Politik zusammengeschweißt werden, die allen gerecht wird.“

Jawohl, die Gerechtigkeit führt Herr Wilson stets im Munde. Wie er sie aber wahren läßt, das weiß man allzugut. „Ich möchte Recht und Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Menschlichkeit sich in allen Gesetzen der Vereinigten Staaten entfalten sehen, und keine Macht soll zwischen das Volk und seine Regierung treten.“ Sollte Wilson seine Moral bloß in der westlichen Hemisphäre zur Geltung bringen wollen, sie aber, so es sich um die Zentralmächte handelt, in den Winkel stellen? Wäre dies der Fall, dann müßten wir auf ihn seine eigenen Worte anwenden: „Ich fürchte mich vor keinem Verbrecher. Ich fürchte mich vor keinem Schurken. Ich fürchte mich aber vor einem starken Mann, der Unrecht hat und dessen falsche Gedanken durch seine eigene Charakterstärke und seine Macht der Rede anderer aufgezwungen werden können. Wenn Gott es nur so eingerichtet hätte, daß alle Menschen, die im Unrecht sind, Schurken wären, so könnten wir sehr leicht mit ihnen fertig werden, weil sie sich früher oder später doch verraten würden; aber Gott hat unsere Aufgabe schwieriger gestalltet, er hat gute Menschen geschaffen, die Falsches denken. Wir bekämpfen sie nicht, weil sie schlecht, sondern weil sie im Unrecht sind. Wir müssen sie durch eine höhere Kraft überwinden, durch die geistige, herrliche und dauernde Kraft einer besseren Einsicht.“

Wir werden diese „höhere, herrliche und dauernde Kraft“ auch weiterhin bis zum endgültigen siegreichen Ausgange unserer gerechten Sache aufbringen, und werden nicht warten müssen, bis sich „die Schurken früher oder später verraten“.

Woodrow Wilsons Apostasie.

Von Heinrich Bloch.

Budapest, 24. Dezember.

Es ist noch nicht lange her, daß der Präsident der nordamerikanischen Union sein politisches Glaubensbekenntnis vor aller Welt abgelegt hat. Als er ungefähr vor Ausbruch des Weltkrieges seinen Werbezug durch die Staaten der Union machte, da versprach er mit dem Feuereifer des Amerikaners die Prinzipien, zu denen er sich bekenne und denen er allezeit treu zu bleiben wiederholt feierlichst beteuerte. Allein kaum war er im Besitze der Macht, da begann auch schon der Abbrödelungsprozeß, und je sicherer er sich, zumal nach seiner Wiederwahl zum Oberhaupt des großen Staatswesens jenseits des Ozeans, darin fühlte, umso stärker nahm seine Gedächtnisschwäche zu, bis er endlich völlig zerstörte, was er früher angebetet hatte.

Seine eigenen Worte sollen die Berechtigung meines Urteils bezeugen. Indem ich Wilson das Wort leihe, bin ich jeder weiteren Beweisführung enthoben, ich widerstehe sogar dem verlockenden Versuche, auf den Widerspruch zwischen Wilsons Worten und Taten hinzuweisen. Der kundige und verständnisvolle Leser bedarf dessen ohnehin nicht.

Die einzelnen Zitate sind den in stürmischen Wahlversammlungen gehaltenen freien Reden Wilsons entnommen, die er sodann unter dem Titel: „Die neue Freiheit“ (ins Deutsche übertragen von Hans Winand, München, 1914) gesammelt und veröffentlicht hat.

Wenn wir bedenken, daß Wilson die größte Einseitigkeit aufwacht, wenn er daran geht, weltbewegende Entschlüsse zu fassen, dann muten uns seine im Brusttone tiefster Ueberzeugung vorgebrachten Anklagen ganz sonderbar an.